

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Fernruf:

Tagblattausgabe Nr. 6850-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 3,80 monatlich, M. 11,40 vierteljährlich, ohne Traglohn; durch die Post bezogen: M. 4,75 monatlich, M. 14,25 vierteljährlich, ohne Bestellgeld. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Besteller keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Ortliche Anzeigen M. 1,35, auswärtige Anzeigen M. 1,80, örtliche Reklamen M. 3.—, auswärtige Reklamen M. 7.— für die empfangene Kolonnenzeile oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechender Nachschub. — Schluß der Anzeigenannahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hansa 1371-1373.

Samstag, 10. Juli 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 318. ♦ 68. Jahrgang.

Schwere Entscheidungen.

Unsere Delegierten — und wir alle mit ihnen — glaubten, als die Konferenz von Spa begann, es werde zu geschäftsmäßigen Verhandlungen kommen, in denen Deutschland zum ersten Male als Gleicher unter Gleichen das Wort in eigener Sache führen könnte. Bald aber zeigte sich, daß man zwar mit uns verhandeln will, die entscheidenden Beschlüsse aber ohne die deutschen Delegierten fassen möchte, denen man, mit der Uhr in der Hand, anheimstellte, sich überfragen, die für Deutschland Leben oder Tod bedeuten, in kürzester Frist schlüssig zu werden. Da die Alliierten das Entwaffnungsproblem zum Hauptpunkte der ganzen Verhandlungen machten und damit den deutschen Unterhändlern, noch bevor in die wirtschaftliche Phase der Besprechungen eingetreten wurde, die Marschroute eindeutig vorschrieben, blieb nichts anderes übrig, als die Forderungen der Entente hinsichtlich Sicherheitswehr, Herabminderung der Reichswehr und Abfordern der in den Händen der Zivilpersonen befindlichen Waffen schweren Herzens zu unterzeichnen. Die deutsche Regierung ließ sich dabei von folgenden Gesichtspunkten leiten. Es handelt sich nicht um einen neuen Friedensvertrag. Wahgebend für die militärischen Fragen war die Note vom 24. Juni, betr. die Räumung der neutralen Zone bis zum 10. Juli und sofortige Herabminderung der Reichswehr. Demgegenüber bedeuteten die neuen Bedingungen der Entente Erleichterungen in Hinsicht auf die Frist für die Herausziehung der Truppen aus dem neutralen Gebiet und auf die Verlängerung der für die Herabsetzung der Reichswehr gesetzten Frist um 6 Monate. Gewinnen konnte Deutschland nach den vorliegenden Umständen durch Ablehnung nichts, aber alles verlieren. Daß die von der Entente im Falle der Nichterfüllung der neuen Bedingungen vorgesehene Strafklausel ausgeführt worden wäre, schien dem Kabinett scheinbar nicht zweifelhaft.

Hatte man geglaubt, durch die Unterschrift unter die Abrüstungsbedingungen am Freitagvormittag den Weg für ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten mit der Entente frei zu bekommen, so zeigte sich bereits am Freitagnachmittag bei der Behandlung der Kohlenfrage, daß man sich getäuscht hatte. Der Sprecher der Alliierten Millerand verlangte außer den zwei in amtlichen Berichten genannten Punkten (Kontrollkommission und Priorität Frankreichs), daß eine regelmäßige Vorlegung unseres deutschen Lieferungsprogramms stattfinden solle, das der Genehmigung der Alliierten bedürfe. Ferner soll die Kontrollkommission das Recht haben, der Wiedergutmachungskommission darüber zu berichten, ob Deutschland seinen Verpflichtungen ordnungsgemäß nachkomme oder nicht; die Wiedergutmachungskommission soll gegebenenfalls Strafen festsetzen. Millerand wollte sofortige Unterzeichnung. Auf den Einwand des Ministers Dr. Simons, die deutschen Delegierten müßten erst mit ihren Sachverständigen über die Kohlenfrage beraten, wurde die Vertagung der Sitzung auf Samstagvormittag, 11 Uhr, beschlossen. Die deutschen Delegierten stehen also wieder vor schweren Entscheidungen, denn abermals ist ein kritischer Wendepunkt eingetreten. Und doch muß vermieden werden, daß es in Spa zu einem Bruch kommt. Auch die alliierten Staatsmänner werden sich darüber klar sein müssen, daß, nachdem sich Deutschland nach schweren Bedenken ihrem Diktat gefügt hat, nun doppelt an sie die Pflicht herantritt, dem Besiegten in weiteren Dingen jede Hilfe zu gewähren, wenn anders sie nicht die Katastrophe bei uns wollen, die unweigerlich auch sie und ihre Völker in ihren Strudel mit hineinreißen muß!

Die fünfte Sitzung in Spa.

Am 9. Juli. Der Bericht über die heutige Vormittagskonferenz lautet: Die Konferenz trat um 10 1/2 Uhr zusammen. Präsident Delacroix forderte die deutsche Delegation auf, die Antwort hinsichtlich der Unterzeichnung des Protokolls, dessen Text allen Delegierten durch das Generalsekretariat zugestellt worden sei, mitzuteilen. Die deutsche Delegation erklärte sich bereit, das Protokoll zu unterzeichnen, setzte aber auseinander, daß sie das Protokoll hinsichtlich der durch die Alliierten auferlegten Strafbestimmungen bei Nichtausführung der Bedingungen dem Reichstag unterbreiten müßte.

Lloyd George erklärte im Namen der Alliierten, daß das Protokoll tatsächlich zweierlei Maßnahmen ins Auge fasse, die einen seitens Deutschlands, die anderen seitens der Alliierten. Er sehe nicht ein, was der Reichstag mit den Strafbestimmungen zu tun habe, während gewisse Änderungen den Alliierten zuständen und übrigens bereits im Schlußabsatz des Protokolls vom 10. Januar 1920, das Deutschland unterzeichnet habe, vorsehen seien.

Der Kanaker nahm die Argumentation Lloyd Georges an und erklärte dann, daß die deutsche Delegation das Protokoll unterzeichnen würde. — Die Sitzung wurde für einige Minuten unterbrochen, um das Protokoll zur Unterschrift fertig zu machen. Sie wurde um 12 Uhr mittags wieder aufgenommen.

Auf der Tagesordnung stand die Bestrafung der Schuldigen. Der deutsche Justizminister Dr. Heineke setzte auseinander, wie weit das Verfahren gegen die Schuldigen vor dem Reichsgericht in Leipzig vorgeschritten sei.

Lloyd George gab der Ansicht Ausdruck, daß die Frage noch nicht so weit gefördert sei, um in der Konferenz besprochen zu werden. Es müsse vorher eine Zusammenkunft zwischen den deutschen und den alliierten Ministern stattfinden. Wenn diese nicht zu einer Übereinkunft gelangen sollten, würde die Angelegenheit wieder vor die Konferenz kommen. Die deutsche Delegation stimmte dem Verfahren zu und erkannte an, daß Deutschland ebenso viel Interesse wie die Alliierten daran habe, die Verbrecher gegen die Kriegsgefehle zu bestrafen.

Die Sonderbestrafung der Justizminister fand um 3 Uhr nachmittags im Schloße de la Frenouse statt. Die Beratungen führten zum Abschluß eines Übereinkommens. Es wird darin dem deutschen Reichsgericht der direkte Verkehr mit den Justizbehörden der Alliierten ohne Benutzung des diplomatischen Weges zur Beschleunigung des Verfahrens gegen die der Kriegsverbrechen Beschuldigten ermöglicht. Das Abkommen wurde in der späteren Vollstreckung genehmigt und unterschrieben.

Diese Vollstreckung trat um 4 1/2 Uhr zur Beirathung der Kohlenfrage zusammen. Die Delegierten waren von einem Stabe von zahlreichen Sachverständigen begleitet. Ministerpräsident Millerand machte im Namen der Alliierten längere Ausführungen, die darin aßen, daß Deutschland mit den Kohlenlieferungen, zu denen es nach dem Friedensvertrag verpflichtet sei, im Rückstand sei. Die Alliierten hätten deshalb bestimmte Beschlüsse gefaßt, die sie Deutschland zur Unterzeichnung vorlegten. Nach diesen Beschlüssen der Alliierten wird:

1. den Kohlenanforderungen Frankreichs die Priorität aus allen deutschen Forderungen gesichert und

2. eine alliierte Kohlenkontrollkommission mit dem Sitz in Berlin eingerichtet, um die gesamte Verteilung der in Deutschland geforderten Kohlen zu überwachen und zu beaufsichtigen.

3. Deutschland zur Vorlage eines genauen Kohlenlieferungsplanes für seine gesamte Kohlenwirtschaft zur Genehmigung durch diese Kohlenkontrollkommission genötigt.

4. werden im Falle der Nichterfüllung dieser Bedingungen auf Verlangen der Reparationskommission bestimmte Strafmaßnahmen in Aussicht genommen.

Minister Dr. Simons erklärte im Namen der deutschen Delegation, daß die deutsche Regierung nicht imstande sei, ohne eingehende Besprechung mit den Sachverständigen sich zu der Angelegenheit zu äußern. Es wurde darauf gegen 7 Uhr abends eine neue Sitzung für Samstagvormittag 11 Uhr angesetzt.

Am 10. Juli. Über die gestrige Vormittagsitzung der Konferenz meldet Havas noch folgende Einzelheiten: Lloyd George laute zu den deutschen Vertretern auf ihre Einwendungen wegen der Strafordnungen; Ihre Zustimmung zu den Maßnahmen, die zu ergründen wir uns im Falle der Nichtausführung Ihrer Verpflichtungen vorbehalten, verlangen wir nicht von Ihnen. Wir haben Ihnen in einfacher und nicht mißverständlicher Weise unsere Absichten mitgeteilt und Sie auf die Maßnahmen aufmerksam gemacht, die Ihrer warten, wenn Sie nicht unter den angegebenen Bedingungen einwilligen. Für die Bedingungen verlangen wir Ihre Zustimmung, um sie in den gemeinsamen Vertrag aufzunehmen. Abwärts liegen die Maßnahmen einzig und allein in der Machtvollkommenheit der Alliierten, während wir die Entwaffnungsbedingungen zu einem Akt der Gegenseitigkeit machten.

In dem Dokument werden, wie Havas weiter meldet, auch die Maßnahmen über evtl. Neubekämpfung im Falle der Nichtausführung der Bedingungen, wie Bekämpfung neuer Gebiete usw., aufgeführt, und ebenso die Bestimmungen über die See- und die Luftschifffahrt. Das schließlich von den deutschen Delegierten unterzeichnete Protokoll umfaßt fünf große Schreibmaschinen-Seiten mit dem englischen Text in der linken und dem französischen in der rechten Kolonne.

In der Frage der Kohlenlieferungen bewiesen die Alliierten, wie ein weiteres Havas-Telegramm bezeugt, ebenso volle Übereinstimmung wie in der Entwaffnungsfrage, was durch die gemeinsame Entscheidung mit der Aufhebung von Rezessisten zum Ausdruck kam.

Der Sonderberichterstatter der Agence Havas erwähnt, daß zum erstenmal seit Eröffnung der Konferenz ein Handgedruck zwischen den alliierten Delegierten und den Deutschen gewechselt worden sei. Lloyd George habe einige Worte mit v. Simons gewechselt und die Szene habe sich ganz natürlich abgespielt.

Am 10. Juli. (Havas.) In der gestrigen Nachmittagssitzung über die Kohlenfrage setzte der deutsche Unterstaatssekretär Bergmann die Ursachen auseinander, welche die Differenzen erklärten zwischen den von der Wiedergutmachungskommission festgesetzten und den in Wirklichkeit an die Alliierten abgelieferten Kohlenmengen. Hauptächlich seien dies innere Unruhen und Streiks gewesen. Seit April habe die Menge der abgelieferten Kohlen zugenommen. Er schloß mit der Versicherung, daß es der Wunsch Deutschlands sei, ein vernünftiges Abkommen zu treffen, das von den realistischen Kohlenlieferungen aus Oberösterreich abhänge. In seiner Erwiderung betonte Millerand zunächst, daß Deutschland den Alliierten annähernd 39 Millionen Tonnen jährlich zu liefern habe, davon 25 an Frankreich, 8 an Belgien und 6 an Italien. Die Wiedergutmachungskommission habe diese Summe auf ungefähr 20 Millionen herabgesetzt, um Deutschlands Schwierigkeiten Rechnung zu tragen. Tatsächlich seien aber in den von Bergmann angeführten fünf Monaten April und Mai 500 000 bzw. 1 100 000 Tonnen geliefert worden, d. h. etwa die Hälfte der herabgesetzten Abkommensmenge. Vom 15. Juni ab habe die deutsche Regierung eigenmächtig die Kohlenlieferungen um 10 000 Tonnen täglich herabgesetzt, unter dem Vorwand, daß ein gewisses Quantum Kohlen aus Oberösterreich an Polen geliefert werden müßte. Deutschland habe durch die Kohlenlieferungen aus Oberösterreich keine Verminderung seiner Bestände erfahren, da es infolge der Erhöhung der Förderungen in jenem Monat 165 000 Tonnen mehr erhalten habe als im Mai. Deutschland sei hinsichtlich der Kohlen in einer viel günstigeren Lage als Frankreich; denn sein Bedarfs-Koeffizient habe sich bis zu 79 Prozent gehoben, während derjenige Frankreichs nur 59 Prozent betrage. Deutschlands Last würde selbst bei vollständiger Erfüllung der Vertragsverpflichtungen noch eine günstigere sein als die Frankreichs. Überdies schätze Deutschland auch noch in dem Augenblick in dem es keine vertraglichen Verpflichtungen verabsäumlige Kohlenverträge mit seinen Nachbarn ab und liefere trotz der Proklamation der Wiedergutmachungskommission 350 000 Tonnen an die Schweiz und 80 000 Tonnen an die Niederlande. Angesichts dieser Tatsachen hätten sich die Alliierten dem Vertrag gemäß zu den (angelegten) Maßnahmen entschlossen. Dr. Simons erwiderte, er könne nicht auf die Einzelheiten der von Millerand vorgebrachten Argumente eingehen und auch nicht sofort auf die Note der Alliierten antworten, sondern müsse vorher die Frage mit den deutschen Sachverständigen prüfen. Darauf wurde bestimmt, daß der deutschen Antwort morgen vormittags 11 Uhr entgegengelesen wird.

Am 10. Juli. (Havas.) Nach Schluß der Sitzung der Konferenz traten die deutschen Minister in der Villa Sordier zusammen. Die deutschen Sachverständigen für die Kohlenfrage wurden nach der Villa, in der Reichsminister Feilerbach wohnt, berufen, um die Entscheidung der Alliierten zu prüfen. Dr. Simons nahm an der Sitzung teil, die um 9 1/2 Uhr abends begann und sich sehr lange hinzog. — Vor der heutigen Vormittagsitzung der Konferenz wird eine Verammlung des Obersten Rates zur Besprechung der polnisch-russischen Angelegenheiten stattfinden.

Ein schwarzer Tag.

Br. Berlin, 10. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem man gestern mittag wieder in Spa wie in Berlin aufzuatmen begann, hat das neue Kohlendiktat nun alle Hoffnungen vollends zerstört. Der Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ bezeichnet die gestrige Sitzung, in der Millerand zum ersten Male den Vorstoß führte, als einen schwarzen Tag.

Im einzelnen bemerkt er: Es ist zu betonen, daß die Deutschen gegen die Drohklausel des morgen (Samstag) zu unterzeichnenden Protokolls einen Protest eingelegt haben. Damit ist der deutsche Standpunkt völlig gewahrt, wenn auch nur mit Rechtsmitteln. In der Konferenz hatte Millerand seine Forderungen mit Überreichung einer Note begleitet. Auch ist noch zu erwähnen, daß auch hier ein Parallelsystem zwischen Deutschland und Frankreich für die Kohlenlieferungen vorgeschlagen wurde. Nach Ablauf des ersten Jahres wird regelmäßig ein Prozentsatz festgelegt, welchen Deutschland an Frankreich liefern muß. Dieser Prozentsatz nimmt zu in dem Maße, in welchem sich die französische Produktion der Friedenszeit nähert. Frankreich hat beabsichtigt, im Ruhrgebiet Kontrollkommissionen einzurichten, also eine Art wirtschaftlicher Besetzung. Die Engländer waren dagegen. Nun kommt freilich die Überwachungskommission nach Berlin. Das „Berliner Tageblatt“ meint, daß es unter diesen Umständen überhaupt keinen Zweck hätte, daß die deutschen Delegierten noch länger in Spa verweilen.

Der gleichen Meinung ist auch gestern der „Vorwärts“, der unter anderem sagt: Noch weniger als militärische Fragen lassen sich wirtschaftliche durch Dekrete von außen her regeln! Über die gestrige Unterzeichnung wird im „Vorwärts“ aus Spa gemeldet, daß die 7 in Spa anwesenden Reichsminister sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt hätten, daß die Unterzeichnung bei weitem das kleinere Übel sei. Jedoch nimmt man hier an, daß die Drohklausel gestern nicht unterzeichnet, will sagen, daß gegen sie Verwahrung eingelegt worden sei.

Unter der Entwaffnung der Sicherheitspolizei, wie die „Germania“ mitzuteilen imstande ist, sei nicht deren völlige Entwaffnung oder gar deren Auflösung zu verstehen, sondern nur die Entziehung schwerer Waffen und nur die Entmilitarisierung.

Über die vertraulichen Besprechungen im gestrigen Hauptauschuß teilt die „Germania“ noch mit, daß die Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen entschieden den Standpunkt vertreten, daß die Forderung der Entente, Deutschland solle durch eine Unterzeichnung ihr das Recht zur Besetzung weiterer deutscher Gebiete geben, abzulehnen sei, weil diese Forderung den Bestimmungen des Friedensvertrages widerspreche. Dagegen nahmen die Redner aller Parteien in der Entwaffnungsfrage den Standpunkt ein, daß bei der Gesamtlage diese Forderungen der Entente anzunehmen seien. Zu einer Beschlusfassung ist es nicht gekommen. Wie wir selber hier gestern mitteilten, war man in Kreisen der Parteien der Auffassung, daß es bei der Reichsregierung bleiben müsse, die Entscheidung zu treffen. Wie die Unabhängigen sich die Entwaffnung denken, ergibt sich aus einem Artikel der heutigen „Freiheit“, in welcher es unter der Überschrift „Keine Winkelzüge“ heißt: „Die Regierung muß jetzt dafür sorgen, daß alle noch in den Händen des Bürgertums sich befindenden Waffen ausgeliefert sind.“ Die Herren Unabhängigen wollen also ihre Nordwaffen behalten dürfen, nicht nur, um das Bürgertum niederzufartätschen, sondern auch um sich die Rache der Entente und die Bekämpfung weiterer deutscher Gebiete zuzuziehen.

Die Unterzeichnung der Entwaffnungsvereinbarung.

Brüssel, 9. Juli. Savas-Reporter verbreitet hier folgende Bericht über die heutige Sitzung in Spa: Die Unterzeichnung der Entwaffnungsvereinbarung wurde heute von den deutschen Vertretern nach einer bewegten Sitzung unterzeichnet. Nachdem Dr. Simons erklärt hatte, seine Kollegen und er seien zur Unterzeichnung nicht aber zur Annahme der Strafklausuren bereit, bemerkte Lord George, es gehe nur um Ja oder Nein. Darauf unterzeichneten die Deutschen.

Wirkung der militärischen Sachverständigen.

Spa, 9. Juli. Reichswehrminister Gekler und General v. Seel wie die militärischen und maritimen Sachverständigen sind heute abend abgereist. Staatssekretär Albert besah sich heute nachmittags vorübergehend nach Berlin zurück.

Die Besprechungen in Berlin.

Berlin, 9. Juli. In einer mit den Parteiführern, dem Hauptauschuss des Reichstags und dem Reichsrat anwesenden Besprechung über die Bedingungen der Entente betr. die Entwaffnung, wurde vom Reichsminister Koch einleitend hervorgehoben, dass der Reichsminister und die in Spa anwesenden Mitglieder der Reichsregierung über die Aufstellungen dieser Organe unterrichtet zu sein wünschten, bevor eine Entscheidung getroffen werde. Die Sitzung zog sich bis nach Mitternacht hin und wurde heute morgen 8 Uhr wieder aufgenommen. Die Bedingungen der Entente witten die schwersten Bedenken aus, insbesondere erwiderten die Parteien einmütig in der Drohung mit der Besetzung des Gebietes eine schwere Gefährdung unserer staatlichen Zusammenarbeitens. Die Vertreter der Reichsregierung in Spa wurden von dem Ergebnis der Besprechungen unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

Das Protokoll über die Bestrafung der Schuldigen.

Spa, 10. Juli. (Havas.) Das in der Frage der Bestrafung der Schuldigen gestern unterfertigte Protokoll lautet nach dem amtlichen Bericht:

Die Konferenz hat in Übereinstimmung der bevollmächtigten Vertreter der Regierungen Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans einerseits und Deutschlands andererseits beschlossen, das in die Hände des Reichsgerichts in Leipzig gelegte Strafverfahren im Sinne des Briefes des Präsidenten des Obersten Rates der Alliierten an die deutsche Regierung vom 7. Mai 1920 fortzusetzen. Um die Untersuchung in der genannten Sache zu beschleunigen und um alle wünschenswerten juristischen Feststellungen zu erhalten, wird sich der Reichsanwalt am Leipziger Gerichtshof direkt je nachdem mit dem englischen Attorney General oder den Justizministern der übrigen alliierten Mächte in Verbindung setzen, um Auskünfte oder gerichtliche Feststellungen durch einen Untersuchungsausschuss oder auf anderem Wege zu erlangen. Diese werden in kürzester Frist ausgeführt werden und die gesammelten Ergebnisse dem Reichsanwalt in Leipzig übermittelt werden.

Nach dem Havas-Bericht hatte der deutsche Justizminister Heintze u. a. dargelegt, daß seitens der deutschen Regierung in der Frage der Schuldigen verschiedene Verhaftungen geplant worden seien, daß aber noch keine ausgeführt worden sei.

Die Wiedergutmachung.

Paris, 10. Juli. Nach einem Telegramm des „Echo de Paris“ aus Spa will Bertin wissen, daß die Alliierten folgende Forderung bei der heutigen Erörterung über die Wiedergutmachung an Frankreich einbringen würden: Die deutschen Delegierten werden aufgefordert werden, die Forderungen, die sie ausgearbeitet haben, zurückzugeben. In Anbetracht der Konferenz nach zur Verfügung stehenden Zeit ist es wahrscheinlich, daß sie es nicht unternehmen, die endgültige Lösung der Wiedergutmachungsfrage auszuarbeiten. Ihre Absicht ist vielmehr, das zu treffende Abkommen in seinen großen Linien festzustellen, bevor sie auseinandergehen. Die Redaktion des vollständigen Projekts werde entweder der Wiedergutmachungskommission übertragen oder der Sachverständigenkommission übergeben und der Besprechungen von Dohse und Bouloane geführt habe. Letztere Lösung erscheint als die praktikabelste.

Die weiteren Verhandlungen.

Spa, 9. Juli. Wie die Blätter melden, wird über die Frage der Entschädigung noch zwischen den Alliierten verhandelt. Der belgische Standpunkt, d. h. 8 Pro. und Priorität für 2 1/2 Milliarden, sei bewilligt. Die Besprechungen über die Danziger Frage soll am Samstag oder Sonntag unter Zuziehung der polnischen Delegation stattfinden. Der polnische Ministerpräsident Grabski ist gestern hier eingetroffen.

Dr. Benesch bei Millerand.

Bras, 10. Juli. (Tscheco-Slow. Pressebur.) Der tschecho-slowakische Minister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Benesch ist in Spa eingetroffen. Er wurde am Donnerstagabend von Millerand empfangen, den er von dem Standpunkt der tschecho-slowakischen Regierung bezüglich der Teikener Frage und der Ostfrage unterrichtete. Am Nachmittag verhandelte er mit dem italienischen Minister des Äußern Grazioli.

Aus dem Haushaltsausschuss des Reichstags.

Berlin, 9. Juli. Bei der Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums im Haushaltsausschuss des Reichstags erklärte Staatssekretär Köstler, es werde mit aller nur denkbaren Energie gearbeitet, um die Steuererhebung vorwärts zu bringen. Beim Reichsnotopfer habe die Frist für die Deflation jetzt begonnen. Es sei anzunehmen, daß diese Angelegenheit noch im Laufe des Jahres erledigt sein werde.

Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Berlin, 10. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Auch die Regierung hat nun den Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit von sich aus erlassen. Der Entwurf ist gestern im Reichstag verteilt worden.

Ein neues deutsch-schweizerisches Kohlenabkommen.

Bern, 9. Juli. Heute wurden durch den Ministerialdirektor v. Stöckhhammer, Vertreter der deutschen Regierung, und Landespräsidenten Stückli, früherer Generalsekretär des Volkswirtschaftsdepartements, Delegierter des schweizerischen Bundesrates, ein neues deutsch-schweizerisches Kohlenabkommen auf monatliche Lieferung an die Schweiz von 1500 bis 2000 Tonnen Kohlen und Koks und von 15000 Tonnen Braunkohlen-Briketts unterzeichnet. Das Abkommen läuft bis 15. Januar 1921.

Wachsende Arbeitslosigkeit.

as. Berlin, 10. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die schwere Krise, die das deutsche Wirtschaftsleben augenblicklich durchmacht, kommt in den steigenden Ziffern der Arbeitslosen zum Ausdruck. Während seit dem hohen Stande der Erwerbslosigkeit im Februar 1919 mit über 1 Million Erwerbslosen ein ständiges Fallen der Zahlen zu bemerken war, zeigen die jetzt vom Reichsarbeitsministerium veröffentlichten Ziffern ein erneutes Anschwellen der Erwerbslosigkeit. Obwohl die Betriebe bemüht sind, durch Kürzung der Arbeitszeit die Arbeiter so lange wie irgend möglich in der Arbeit zu erhalten, übersteigt dennoch nach den amtlichen Feststellungen die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 15. Juni die Ziffer von 1. Juni d. J. um etwa 6 Prozent. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrug nach den amtlichen Angaben am 15. Juni 289 058, davon männliche 221 123, weibliche 67 935. Zu diesen eigentlichen Erwerbslosen treten noch 271 146 Familienangehörige, die als Zuschlagempfangener unterstützt werden. Besonders trübsalig gestaltet sich die Lage des Arbeitsmarktes in den kleineren und mittleren Städten, in denen der größte Teil der wertvollen Bevölkerung Beschäftigung in einem einzigen Industriezweig fand und durch das Stilllegen arbeitslos wurde. Während am 19. Juni auf 1000 Bewohner in Reutlingen 32,4, in Hamburg 27,4, in Leipzig 17,6, in Berlin (Stadt) 16,9 und in München 16,6 Erwerbslose kamen, betrug der gleiche Anteil zu derselben Zeit in Brmauens 197,1, in Kalkstein i. B. 133,0, in Plauen 103,0, in Hof 64,4. Als ausnehmend schwierig wird die Lage bezeichnet für die Metall-, Textil-, Holz- und Lederindustrie.

Im Zusammenhang hiermit sei darauf hingewiesen, daß dem Reichstag wahrscheinlich zum Herbst ein Arbeitslosenversicherungsgesetz vorgelegt werden wird. Augenblicklich wird der Vorentwurf durch eine Kommission beraten. Gegenstand der Versicherung ist danach:

- 1. Die Gewährung einer Unterstützung bei Arbeitslosigkeit.
2. Die Bereitstellung von Mitteln zur Verhütung der Arbeitslosigkeit.

Arbeitslosenunterstützung wird nur gewährt, wenn der Versicherte in den 12 Monaten vor dem Eintritt der Arbeitslosigkeit 26 Wochen hindurch Beiträge geleistet hat. Arbeitslosenunterstützung wird nicht gewährt:

- 1. Für die Dauer eines Streiks, wenn der Versicherte seine Stellung freiwillig ohne triftigen Grund aufgegeben hat.
2. Wenn er wegen schuldhaften Verhaltens entlassen wurde.

Die polnische Front in Auflösung.

Kowenhan, 10. Juli. Die „National Tidende“ meldet aus Helsinki: Aus Polen in Helsinki einlaufende Nachrichten bestätigen, daß die militärische Lage Polens verwickelt ist. Der russische Durchbruch am Pripiet wird mit ungeheurer Kraft durchgeführt. Südlich davon, bei Proskuraw, erfolgte am letzten Dienstaas ein neuer Durchbruch. Auf der ganzen Front befinden sich die Polen in panikartiger Flucht. Von den Karpaten bis an die Beresina ist die polnische Front in Auflösung.

London, 9. Juli. (Reuter.) Der „Times“ wird aus Warschau gemeldet: Am 1. Juli erhielt die polnische Armee den Befehl zum Rückzug auf der ganzen Front. Dieser rasche Rückzug bedingte die Aufgabe von Wlask und Komno, die in die Hände der Roten Truppen fielen.

Ein polnischer Hilfsruf.

Warschau, 9. Juli. Das Ministerium des Äußern richtet an die Kontore in Spa eine Note, in der es heißt: Polen ist jeden Augenblick bereit, Frieden zu schließen nach dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung, die zwischen Polen und Rußland wohnt. Das polnische Volk schaut Europa vor der bolschewistischen Woge. Das polnische Volk hebt zum Schutze seines heimischen Herdes auf. Polen braucht, wenn es zu weiterem Kampfe angewungen ist, die ausgiebige materielle und moralische Hilfe der Alliierten.

Wiesbadener Nachrichten.

Stadtverordnetenversammlung vom 9. Juli 1920.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung unter dem Vorsitz des Geh. Justizrats Dr. Alberti erledigte zunächst eine Reihe

Heinerer Vorlagen.

U. a. beantragte für den Rechnungsprüfungsausschuss Stadts. Reber, die vorliegende Jahresrechnung für 1919 zu genehmigen und dem Magistrat Entlastung zu erteilen, was auch geschah. — Stadts. Reichwein berichtete für den Bauauschuss über einen sog. Ersatz-Fluchtlingsplan vom alten Bahnhofsgebiete, da das frühere Projekt verloren gegangen ist, sowie über die geplante Abänderung des Fluchtlingsplans des Richard-Wagner- und Kreidelstraße. Beiden Vorlagen wird ohne größere Debatte die Genehmigung erteilt, ebenso dem Antrag des Magistrats, betr. die Bewilligung von 113 000 M. Mehrausgaben (83 000 M. für Garten- und Wegeanlagen, 30 000 M. für Kanalisation) für den Ausbau des Südfriedhofs, worüber derselbe Stadtverordnete Bericht erstattete. Ferner werden bewilligt 25 000 M. zur Anschaffung eines Warmwasserkessels für die Kurhausgarnerie im „Autum“ und 24 500 M. für die (schon in einer früheren Sitzung erörterte) Herrichtung von vier Zweifamilien-Wohnungen im Hause Friedrichstraße 5, wofür letztere Vorlage für den Bauauschuss Stadts. Schildner begründete.

Die neuerliche Erhöhung der Kurtaxe

begründete für den Finanzausschuss Stadts. Kaschau. Er betonte, daß der Zuschuß von 505 929 M. sich in der Zwischenzeit durch die Erhöhung der Material- und Personalkosten weiter auf 1 492 340 M. erhöht habe, und andererseits der Fremdenverkehr auf 30 Prozent der Frequenz des letzten Friedensjahres zurückgegangen sei. Die Kurtaxe soll in Wiesbaden, wie dies schon längst in den meisten anderen Bädern geschehen ist, um 100 Prozent, also von 60 auf 120 M. erhöht werden, was bei einem Fremdenverkehr von 60 Prozent des letzten Friedensjahres 1 Million Mark, bei einem Verkehr aber von nur 30 Prozent, wie jetzt, 500 000 M. mehr erbringen würde. Da leider nur mit der

letzteren Ziffer gerechnet werden kann, ist man dabei, wie der Berichterstatter bemerkenswerterweise hinzufügt, durch eine sog. kommunal-Beitragsteuer den noch übrigbleibenden Ausfall zu decken. Der Antrag des Magistrats wird nach kurzen Bemerkungen des Stadts. Reujahr angenommen.

Über die abermalige Erhöhung der Bäderpreise

berichtet für den Finanzausschuss Stadts. Bauer. Er hob hervor, daß der Zuschuß der Bäderverwaltung, der im Januar d. J. auf 392 436 M. besizert wurde, nachträglich durch Erhöhung der Löhne und Materialkosten auf 502 901 M. gestiegen ist, so daß die Pflicht entstehe, die Zuschüsse nach Möglichkeit herabzubringen. Es wird deshalb eine nochmalige Erhöhung der Bäderpreise sowie der Preise für Thermalwasser beantragt, wobei jedoch auf die Interessen der hiesigen Bürgerchaft besondere Rücksicht genommen wurde, indem Einwohnerbäder zu ermäßigten Preisen vorgezogen sind. Auch diese Vorlage wird nach kurzen Bemerkungen des Stadts. Secker und des Beig. Dr. Feh angenommen. — über die

Bekleidungsreform und die Reform der Anwaltschaft

berichtet für den Organisationsausschuss sehr ausführlich Stadts. Böning. Es handelt sich dabei um vier Vorlagen, die in der Hauptsache darauf hinauslaufen, daß die hiesigen Beamten mit den Staatsbeamten gleichgestellt, d. h. in ihren Bezügen weiter ausgebaut werden, was die Stadt naturgemäß weiterhin finanziell in hohem Maße belastet, um welche Summe, jagte der Berichterstatter nicht, auch lagen der Presse die diesbezüglichen Unterlagen nicht vor, aber aus der späteren Diskussion vernahm man, daß durch diese Bekleidungsreform der Stadt Wiesbaden abermals 860 000 M. Mehrausgaben erwachsen.

Stadts. Reujahr äußert die schwersten Bedenken in finanzieller Hinsicht und spricht sich deshalb ganz offen gegen diese Bekleidungsreform aus. Es sei denn doch einmal die Frage aufzuwerfen, wobei die übrigen Schichten der Bevölkerung, die keine Beamten seien und diese Summen durch Steuern aufbringen müßten, das Geld noch bekommen könnten. Es sei nun ganz unausbleiblich, daß auch die Privatbeamten, und zwar mit Recht, neue Gehaltsforderungen erheben würden, und so anstatt eines Preisabbaus erneut eine allgemeine Verteuerung eintrete. Die Zahl der Beamten müsse möglichst eingeschränkt werden; nur ein allgemeiner wirtschaftlicher Wiederaufbau könne uns retten, und eventuell beschäftigungslos werdende Beamte würden dann leicht in Handel und Industrie angenehme Anstellungen finden. — Stadts. Witte befragt, daß auch diese Vorlage um in die Hände der Stadtverordneten gekommen sei, um sie eingehend durchzuberaten zu können. Unter dem ausdrücklichen Wunsch, daß diese Bekleidungsreform später auch wirklich noch reformiert werde, stellt der Redner allerlei Wünsche, speziell die Unterbeamten betreffend, für die spätere Beratung zurück. — Stadts. Kemmelt erkennt dankbar an, daß der Grundgedanke der Gleichstellung der Kommunalbeamten mit den Reichs- und Staatsbeamten im allgemeinen gewahrt worden sei. Im übrigen wendet sich der Redner gegen die Ausführungen des Stadts. Reujahr und hebt die Verdienste der Beamten hervor. — Stadts. Rechtsanwalt Schneider führt aus, daß sich Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung in einer Zwangslage befinden und weist daraufhin, daß die Stadt durch die neue Bekleidungs- und weitere 860 000 M. mehr belastet werden. — Stadts. Rechtsanwalt Krücke erklärt seine Zustimmung zu der Vorlage, und zwar trotz mancherlei Bedenken allgemeiner finanzieller und volkswirtschaftlicher Natur aus Gerechtigkeitsgründen, da man den Kommunalbeamten zugehen müsse, mit den Staatsbeamten gleichgestellt zu werden. — Nach weiteren Bemerkungen der Stadtverordneten Frau Herrmann, Fräulein Dr. Knischewski, Greis und Bürgermeister Travers wird die Vorlage angenommen; die in der Beratung vorgetragenen Einzelwünsche werden dem Magistrat für die spätere Behandlung der Angelegenheit zur Berücksichtigung empfohlen.

Der Vorsitzende Geh. Justizrat Dr. Alberti macht sodann Mitteilung von einer Besprechung der einzelnen Fraktionsvorsitzenden über die Bekleidungsreform der Magistratsmitglieder, wogegen die Verammlung keine Einwendungen erhebt. Danach erhalten der Oberbürgermeister 32 000 M., der Bürgermeister 27 000 M., der Rämmerer 25 000 M., die Beigeordneten 20 000 M. Der Vorsitzende nimmt dabei Gelegenheit, dem Magistrat, insbesondere Herrn Bürgermeister Travers, namens der Stadtverordneten-Versammlung den herzlichsten Dank abzusprechen für die großen Dienste, die er der Stadt Wiesbaden in schwerer Zeit nach dem Wegzug des früheren Oberbürgermeisters geleistet habe. Bürgermeister Travers dankt für diese Anerkennung, möchte jedoch dieselbe auch auf die übrigen Mitglieder des Magistrats übertragen wissen.

Stadts. Frau Dr. Neben hatte folgende Anfrage gestellt: Beabsichtigt der Magistrat, zu Ostern 1921

die gesamte Frauenküche

zu eröffnen und sind bereits diesbezügliche Vorarbeiten in die Wege geleitet? Die Antragstellerin verweist in ihrer Begründung darauf, daß in anderen Städten gute Erfahrungen mit solchen Einrichtungen gemacht worden seien und glaubt, daß dadurch nicht allzu hohe Kosten verursacht würden, da man geeignete Schulräume dafür ja bereits habe. — Stadts. Frau Herrmann empfiehlt ebenfalls die Schaffung eines derartigen Instituts, aber unterließlos für die Töchter aller Schichten, und zwar würde man zweckmäßigerweise die Vorarbeiten dazu ausschließlich weiblichen Händen anvertrauen. — Stadts. Fr. Reuoth unterstützt ebenfalls den Antrag mit dem Hinweis, daß tatsächlich in dieser Beziehung keine Ausbildungsmöglichkeit vorhanden sei. — Bürgermeister Travers erklärt, daß der Magistrat die Eröffnung einer Frauenküche beabsichtigt, aber erst im nächsten Jahre, und zwar nach dem vom Staat aufgestellten Lehrplan, womit man sich im allgemeinen zufrieden gibt.

Zum Schluß kam es dann noch zu einer sehr ausgedehnten

Debatte über die hohen Lebensmittelpreise.

Stadts. Greis stellte (wie berichtet) die Anfrage, was der Magistrat zu tun gedente, um die Lebensmittelpreise und die Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse abzubauen. Er verwies in seiner Begründung auf die letzten Preissteigerungen und verlangte die Einsetzung einer Kommission, die preisregulierend einzugreifen hätte, ohne daß sie von der Polizei daran gehindert werden könne, wie dies jetzt geschehen sei. — Stadts. Frau Herrmann bemängelt die Tätigkeit der Preisprüfungskommission. Stadts. Dengel in längeren Ausführungen die Entlastung von Arbeitern bei der Stadt. — Stadts. Gores verlangt die Festsetzung erträglicher Preise für Kartoffeln und Gemüse sowie für die Gebrauchsgüter, wie man die Durchführung solcher Maßnahmen fördern könne. Der Redner tritt ferner dafür ein, daß die Regierung erlucht werden soll, möglichst freie Einfuhr aus dem Ausland zu gestatten, damit genügend Ware herbeigeführt werde. — Stadts. Kettner betont eingehend die Notwendigkeit, die Preise herabzusetzen; es handle sich nicht nur um Ärmlichen bzw. Obd. Indern sämtliche Bedarfsgegenstände müßten im Preis herabgesetzt und auf

3.:

sind bei unserem am Montag, den 12. Juli, beginnenden

Verkauf von besonderer Bedeutung

1. Punkt: Preise, die der heutigen Zeit Rechnung tragen.
2. Punkt: Auslage nur wirklich guter Qualitäten.
3. Punkt: Auswahl, die jedem ermöglicht, seinen Bedarf zu decken.

Wir unterlassen es, an dieser Stelle Preise anzuführen, dagegen bitten wir, sich von der Bedeutung unseres Verkaufes an unseren Fenstern und in den Abteilungen unseres Hauses zwanglos zu überzeugen.

Zustellung der Waren durch Auto in der Richtung:

Biebrich-Wiesbaden, Eltville-Rüdesheim, Ingelheim-Bingen, Rüsselsheim-Groß-Gerau, wieder aufgenommen

Leonhard Tietz A.-G., Mainz

F200h/176

Pedolin verhindert absolut sicher **Fuss-** u. **Achselschweiss** sowie dessen lästige Begleiterscheinungen. Per Fl. Mk. 2.50 nur **Drogerie Cratz, Langgasse 23.**

3 Klubgarnituren echt Rindleder à 8500.-
6 Schlafzimmer Eiche furniert à 7000.-
In tadelloser Ausführung sofort abgegeben. **Heinrich Befendörfer & Cie., Stuttgart, Tübinger Str. 92.**

Marmorplatte
weß, Größe 240x62 sowie 16 Stühle und 6 Tische zu verkaufen. **Hener & Knapp, Wehrhstraße 55.**

Zu verkaufen:
Kleineres Fabrikwesen auf dem Lande, Nähe Wiesbaden, mit Wohnhaus, Stallung, 8 Morgen Land, inkl. Dampfkessel, Maschine u. Transmissionen, vielen Obstbäumen u. Beerenobst. Barauszahlung. Näheres Samstag abend 8 Uhr Wiesbadener Hof, Zimmer 102.

Frische Eier
von 30 Stück ab pro Schod **100 Mk. Bienehonig** von 25 Pfd. ab à **18 Mk.** frei dort gegen Vorauskasse und Einlieferung vollständigen Postmaterials. Auch and. nicht ration. Lebensmittel lieferbar. Nur briefl. Anfr. m. 50 Pfg. Porto.

Fritz Freudenreich, Marienwerder (Westpr.)
Postfachkonto: Stettin Nr. 6242.
Bankkonto: Deutsche Bank, Berlin und Stadtparkasse, Marienwerder (Westpr.)

ZeitgemäÙ.
Verkauf bis 15. Juli neue Schlafzimmer- und Küchenrichtungen zu u. unter Selbstkostenpreis. **Häcker, Adolfsstr. 1. 1.**

Reklameflächen
am Rost in der Durchgangshalle des Tagblatthauses zu vermieten. **Häb. Schalterhalle, Kontore rechts.**

Ich warne jedermann
auf den Namen des Herrn **Hans Lübke** nichts zu kreditieren, da die **Firma Sancsouff, Spiegelgasse 5,** nicht dafür haftet.

Zigarren-Ceuis!
200 neue Zigarren-Ceuis à Stück 30 Btg. **Seiss, Bertramstraße 25, Laden.**

Schlafzim.-Einr.
Herren-Zimmer, Küchen-Einr., 1- u. 2tür. Kleider-schrank, Chaisel, Wasch-tommode u. v. mehr bei **Schwarz, Waldstr. 5, Reg. Krankheitsfall all. sehr billig abzugeben.**

Ruhb.-poliert. Bett mit Metall-Rohr-Matratze **750 Mk., a. Küchen- oder Vorratsschrank 120 Mk., anheiß. Badew., 250 Mk., Waschwanne, 135 Mk., Toilet-Spiegel, 90, gr. Gold-spiegel 220, Schlafzim.-Uhr mit Feder 90 Mk., Kleiderständer, 25, Chaisel-loungue n. gem. Büch-überzug 320, 2 Rohrst. 95, elektr. Zualampe 40 Mk., Karbidlampe 15, Gitarre mit Futteral u. Noten **180 Mk., neue Mund-harmonika 250, Teppich (Arm.), 200 x 190, 160, Plüschmatt, 25 Mk., au. n. Holland, Sebanstr. 9.****

Kochmöbelle m. Stehlampe, i. Beddige-rob, zu verk. **Mayer, Sonnenberger Str. 35.**

Eleg. Kinderwagen, weiß m. Ridel, v. Stein-brenner, **Deh, Str. 76.**

Zwei Klappräder ohne Verb. bill. zu verk. **Rouher, Blücherstraße 6.**

Klee Luzerne
2 Acker, zu vl. **Heinrich Gehmann, Ser. Klappen-heim, Schützenstraße 2.**

Vorjahr. Kleeheu drahtgepreßt, per 3tr. **26 Mk. gibt ab** **Wilh. Weimer, am Bahnhof Dohheim.**

Warnung!
Ich warne hiermit jedermann **Hel. Anna Weiden-seller** etwas zu borgen noch zu leihen, da ich für nichts hafte. **Philipp Scholl, Sülzerheimerlach.**

Guterh. Herren-Rad
a. o. Bereifung zu kauf. **gel. Benz. Schulberg 15, Gartenb. 3 St. rechts.**

Nord- und Stuhlmecherei
Otto Lehmann, Mauer-gasse 12, empfiehlt sich für **Reb- u. Reparaturarb. Billige Preise.**

Eleg. möbl. Zimmer
vom 1. bis 15. August, möbl. mit sep. Eingang, **gehüht. Off. m. Preisana. u. R. 239 Tagbl.-Verlag.**

Verloren
grüner Beutel mit Inh. **Gute Belohnung** **Rund-büro** oder bitte **Rochricht** an **Sauer, Theodorshalle, Kreuznach.**

Verloren
eine Armband - Uhr am 8. dieses nachmittags. **Bringer Belohnung.** **Näheres 76 Kirchgasse, Verein französl. Kauf-leute.**

Gefunden
1 Uhr daselbst. (Absu-holen, wie oben.)

Verloren
in Straßenbahn Bierstadt **goldene Damenuhr** im Lederarmband, auf **Rifferblatt Berta Dia-bauer.** Gegen hohe Be-lohn. abzug. **Bierstadter Höhe 10.**

Schwarzer Schäferhund
mit gelben Fühen entl. **Der Wiederbringer erh. v. Beiter Karl Emmer-mann, Belohnung, Saal-gasse 31. Vor Antaut** wird gewarnt.

Heute verschied sanft nach langem, schwerem Leiden im 78. Lebensjahre meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Frau Margarete Vaux geb. Gärt.**

In Namen der trauernden Hinterbliebenen: **Heinrich Vaux, Gasarbeiter** **Göbenstraße 2.**
Beerdigung am Montag, 12. Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus.

Devacuin
Bonnens
expulieren das Stublgang.
Schützenhof - Apotheke, Langgasse 11, 765

Schwarze Kleider
Schwarze Blusen
Schwarze Röcke
Trauer-Hüte
Trauer-Schleier
Trauer - Stoffe
von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung.

Blumenthal
Sterbefälle.
Am 6. Juli: **Gebrau Dina** **Wöstenheim geb. Berberich, 68 J.;** **Polizei-Kommissar Otto Schaeffer,** **64 J. - 7.;** **Kind Anna Maria** **Teß, 25 Tage;** **Kind Hans** **Wäntzer Baum, 3 Monate;** **Altküstermeister Bruno Cohn,** **64 J.;** **Reisotiere Aminda** **Rehenthall, 63 J.;** **Lehrer** **Wilhelm Weyss, 39 J.;** **Lehrer** **Karl Weber, 28 J.**

Ständesamt Wiesbaden

Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante **Johanna Freitag,** den 9. Juli sanft verschieden ist.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Frau E. Gerg, Mutter, u. Geschwister, **Hermannstr. 5.**
Beerdigung findet Montag, 12., 2^{1/2} Uhr, vom Portale des Südfriedhofes aus statt.

Nachruf!
Am 8. Juli ds. Js. starb nach kurzem Leiden das Mitglied des städtischen Kurorchesters
Herr Richard Kipping
in fast vollendetem 61. Lebensjahre.
Der Verstorbene hat dem Orchester über 40 Jahre angehört und sich während dieser langen Dienstzeit stets durch treue Pflichterfüllung ausgezeichnet. — Durch seinen lauterer Charakter, seine bescheidene und kameradschaftliche Art hat er sich ein ehrendes Andenken nicht nur bei der Verwaltung und seinen Kollegen, sondern auch bei allen Besuchern der Kurkonzerte gesichert.
F 389
Wiesbaden, den 10. Juli 1920.
Städtische Kurverwaltung,
Freiherr von Türcke,
Kurinspektor.

Heute entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden im 47. Lebensjahre unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante
Fräulein Clara Wolff
Lehrerin 844
herzlich betrauert von ihren Hinterbliebenen
Dr. Otto Wolf und Frau,
Dr. Walter Wolf und Frau,
Loro Wolf und 4 Neffen.
Katzeneubogen, den 9. Juli 1920.
Beerdigung Dienstag nachm. 4^{1/2} Uhr.